



**STIFTUNG UMWELT
UND ENTWICKLUNG
NORDRHEIN-WESTFALEN**

Mehr Schein als Sein

EU-Entwicklungspolitik zwischen Anspruch und Wirklichkeit

Von Peter Wahl

Theoretisch hätte die Entwicklungspolitik der EU das Zeug, als Vorbild für andere Schule zu machen. EU-Entwicklungspolitik meint hier nicht die Summe der Hilfe aller Mitgliedstaaten, sondern jenen Teil, der unter der Ägide der EU-Kommission, also multilateral, durchgeführt wird. Vorbild deshalb, weil viele der Defizite, die die sogenannte bilaterale Entwicklungszusammenarbeit notorisch plagen, leicht vermieden werden könnten. Im Prinzip kann multilaterale Hilfe:

→ die Fragmentierung, die enorme Effizienzverluste erzeugt und die Empfänger überfordert, durch Koordination und Kohärenz reduzieren;

- die Instrumentalisierung von Entwicklungspolitik für außenpolitische und geopolitische Interessen vermeiden;
- größere Unabhängigkeit von politischen Konjunkturschwankungen und Regierungswechseln in einzelnen Ländern erlangen, bzw. sie kann diese leichter kompensieren;
- größere Wirkung durch prioritätsorientierten und konzentrierten Ressourceneinsatz erzielen.

Hinzu kommt, dass die EU-Entwicklungspolitik, anders etwa als die Handelspolitik, seit dem Lissabon-Vertrag dem Verfahren der sogenannten Mitentscheidung (Ko-Dezisionsver-

fahren) unterliegt. Das heißt, dass das Europaparlament (EP) fast gleichberechtigt in die Entscheidungsprozesse einbezogen ist. Zwar wird Straßburg noch immer das Recht auf Gesetzesinitiative vorenthalten, und der Rat kann die Möglichkeit zur Modifizierung von Gesetzesvorlagen aushebeln, aber am Schluss steht dann doch ein Vetorecht der Abgeordneten. Das zwingt Kommission und Rat, von vorneherein auf einen Konsens mit dem EP hinzuarbeiten. Der Preis dafür ist freilich, dass Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse komplexer und die Reibungsflächen größer werden.

→ weiter auf Seite 3



Schwerpunkt: EU und Entwicklung

- Anspruch und Wirklichkeit → Seite 1
- Fairer Handel, freier Handel → Seite 5
- Handel als Entwicklungschance → Seite 8

Teufelskreis durchbrechen

- Interview mit Forschungsstaatssekretär Georg Schütte → Seite 11

Urbane Natur

- Vögel im städtischen Raum → Seite 16

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Europäische Union begann 1952 mit den sechs Staaten der „Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl“, mit der ein gemeinsamer Markt für diese Montanprodukte errichtet wurde. Nach mehreren Beitrittsrunden hat die EU heute 28 Mitgliedstaaten mit 507 Millionen Einwohnern, darunter elf Staaten des ehemaligen Ostblocks und Jugoslawiens. Der gemeinsame Binnenmarkt ist – nach dem Bruttoinlandsprodukt gemessen – mit 15.247 Milliarden US-Dollar der größte Wirtschaftsraum der Welt.

Der Vorschlag zur Montanunion kam 1950 vom damaligen französischen Außenminister Schumann und war vor allem als Friedensprojekt gedacht. Mit dem Mittel der Wirtschaftsgemeinschaft sollte verhindert werden, dass sich die Konflikte zwischen Deutschland und Frankreich sowie den anderen westeuropäischen Nachbarstaaten erneut entwickeln konnten, die sich seit Mitte des 19. Jahrhunderts in drei Kriegen – dem deutsch-französischen Krieg von 1870/71, dem ersten und zweiten Weltkrieg – entladen hatten. Die Europäische Gemeinschaft hat ihren Mitgliedsländern eine siebzigjährige Friedensperiode beschert und ist damit eines der erfolgreichsten Friedensprojekte der Geschichte.

Die EU ist als Staatenverbund ein eigenes Völkerrechtssubjekt. Sie hat supranationale und zwischenstaatliche Organe. Zu ersteren gehören das Europäische Parlament als legis-

lative Repräsentanz der EU-Bürger, die Europäische Kommission als exekutives Organ und der Gerichtshof der Europäischen Union als judikatives Organ. Zu den zwischenstaatlichen Organen gehören der Europäische Rat als Gremium der Staats- und Regierungschefs sowie der Rat der Europäischen Union als Repräsentanz der jeweiligen Fachminister. Die politisch und rechtlich verbindlichen europäischen Regelungsprozesse sind ein kompliziertes Verfahren im Kompetenzdreieck zwischen Rat, Kommission und Parlament.

Dennoch sind heute weite Bereiche unseres Rechtssystems und der verbindlichen Wirtschaftsnormen durch die EU geregelt. In mehreren Schritten sind Souveränitätsrechte der Mitgliedstaaten auf die EU übertragen worden. Mit den Schengen-Abkommen von 1985 und 1990 wurden zwischen fast allen Staaten die Grenzkontrollen abgeschafft. Wesentliche Umwelt- und Naturschutzstandards werden durch die EU gesetzt. Es gibt Vereinbarungen zum Klimaschutz. 19 der 28 Länder haben mit dem Euro eine gemeinsame Währung und mit der Europäischen Zentralbank eine gemeinsame Notenbank. Es existiert in Ansätzen eine gemeinsame Außen- und Entwicklungspolitik.

Trotzdem ist die Bedeutung der EU bisher nicht im Bewusstsein der meisten EU-Bürger angekommen. Das zeigt die notorisch niedrige Beteiligung an den Wahlen zum Europä-

ischen Parlament. Gelegentliche Regelungsverirrungen werden regelmäßig populistisch zum Anlass genommen, gegen eine allgemeine „Regelungswut“ der EU zu polemisieren. Derartige Polemiken tragen dazu bei, ein diffuses Unbehagen vieler Menschen gegenüber der EU zu verstärken. Europa-Gegnerschaft existiert rechts- wie linksaußen. Parteien wie der Front National in Frankreich oder die ungarische Jobbik-Partei treffen sich in ihrer nationalistischen Ablehnung der EU mit solchen linken Formationen, die das Ganze für ein imperialistisches Unternehmen halten – vorzugsweise des wiedererstarkten deutschen Imperialismus. In vielen EU-Ländern gibt es aber auch politische Parteien oder Bewegungen im bürgerlichen Spektrum, deren Programmatik erklärmaßen gegen die Gemeinschaft gerichtet ist. Die Dresdner Pegida-Demonstranten sind dafür ein Beispiel. Einzelne EU-Länder wollen den Grad der Integration wieder verringern und besonders die supranationalen Kompetenzen wieder zurück auf die Regierungen der Mitgliedstaaten übertragen.

Auch die meisten zivilgesellschaftlichen Organisationen unterschätzen meinem Eindruck nach die Bedeutung der EU und auch die Möglichkeiten, durch die EU Einfluss auf die Weltverhältnisse zu nehmen. Das Projekt der europäischen Einigung verdient unsere Unterstützung. Es braucht aber auch unsere Einmischung, um unsere Vorschläge und Forderungen auch auf dieser Handlungsebene zur Geltung zu bringen.

Derzeit befinden wir uns im Europäischen Jahr der Entwicklung. Das Eine Welt Netz NRW hat die europäische Entwicklungspolitik dankenswerterweise zum Gegenstand seiner diesjährigen Landeskonferenz gemacht. Das ist ein guter Anfang. Auch wir möchten mit dem Schwerpunkt dieser Ausgabe der Resultate einen Beitrag dazu leisten, Europa etwas stärker in das Zentrum der Aufmerksamkeit unserer Leser zu rücken.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr Eberhard Neugebohm

1986 beschloss die EG das Sternenbanner als europäische Flagge. Die Zahl der Sterne, zwölf, ist traditionell ein Symbol der Vollkommenheit, Vollständigkeit und Einheit. Bis zu ihrer Erweiterung 1995 entsprach die Zahl der Sterne auch der Zahl der Mitgliedstaaten.



Foto: Anrey Kuzmin

Mehr Schein als Sein

→ Fortsetzung von Seite 1

Die Stärkung der Stellung des EP ermöglicht zudem eine größere Durchlässigkeit für Impulse aus der Zivilgesellschaft. Das spiegelt sich dann auch durchaus in der inhaltlichen Qualität des programmatischen Profils der EU-Entwicklungspolitik wider. So kommen einige Zielsetzungen zivilgesellschaftlichen Vorstellungen recht nahe. Hauptorientierung ist die Armutreduzierung. Neben klassischen Bereichen – wie die Förderung von Infrastruktur, Landwirtschaft und Nahrungssicherheit – gehören auch die nachhaltige Nutzung natürlicher Ressourcen, Konfliktprävention, sozialer Zusammenhalt oder Beschäftigung zu den Schwerpunkten. Außerdem sind als Querschnittsaufgaben Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit, Demokratie, Rechte von Kindern und indigenen Völkern festgeschrieben. Dagegen spielen entwicklungspolitisch umstrittene Ziele wie Privatsektorförderung und Infrastrukturgroßprojekte, die von anderen multilateralen Gebern, wie der Weltbank, immer stärker in den Vordergrund gerückt werden, kaum eine Rolle.

Multilateralismus für Empfängerländer

Zudem gibt es noch eine Besonderheit mit einigem entwicklungsfreundlichem Potenzial, die in dieser Form einmalig ist: die Beziehungen zwischen der EU und den meisten Empfängerländern sind in einen multilateralen Vertrag eingebettet, das Cotonou-Abkommen aus dem Jahr 2000. Beteiligt sind 79 Entwicklungsländer.

Das Interessante darin ist, dass die Asymmetrie, die dem Geber-Nehmer-Verhältnis trotz bemühter Partnerschaftsrhetorik immer unvermeidlich immanent ist, zwar nicht völlig verschwindet, aber doch relativiert wird. Denn die Nehmer können hier kollektiv auftreten und damit ihre Position gegenüber einem übermächtigen Geber stärken.

Hinzu kommt, dass Cotonou der Versuch ist, Entwicklung und Handel so zu verknüpfen, dass erstere nicht völlig auf der Strecke bleibt. Inwieweit dies wirklich gelungen ist, kann bezweifelt werden. Aber der Ansatz, Entwicklung nicht als einseitigen Ressourcenfluss zu definieren, sondern im Sinne von internationaler Strukturpolitik Rahmenbedingungen zu schaffen, die die Potenziale der Entwicklungsländer zu mobilisieren vermögen, ist sehr vernünftig. Allerdings ist die Entwicklungszusammenarbeit der EU inzwischen nicht mehr auf

EU-Entwicklungshilfe im Vergleich zu ausgewählten Gebern 2013 in Mrd. USD und Prozent

	Mrd. USD	in %
EU multilateral	15.723	10,5
Non DAC* Länder	15.067	10,0
Multilaterale Institutionen	41.724	27,7
Frankreich	6.801	4,5
Deutschland	9.451	6,3
Japan	8.611	5,7
UK	10.545	7,0
USA	26.386	17,5
Übrige	16.062	10,7
Gesamt	150.370	100,0

Quelle: OECD Development Co-operation Directorate (DCD-DAC) Database

* DAC = Development Assistance Committee, zentrales Organ der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, in dem die Geberländer über Entwicklungshilfe beraten

die Ex-Kolonien beschränkt, sondern umfasst heute 140 Länder. (Mehr zum Cotonou-Abkommen und der aktuellen Situation auf den Seiten 5 bis 9)

Realitätscheck – Zahlen und harte Wahrheiten

Die Ansprüche der EU-Entwicklungspolitik auf Modellhaftigkeit verlieren allerdings rasch ihren Glanz, wenn man den Blick von den Absichtserklärungen auf die Wirklichkeit richtet. Der beste Indikator dafür ist immer noch das Geld. Das Budget der EU-Entwicklungshilfe beläuft sich auf 15,7 Milliarden US-Dollar, was für sich genommen viel zu sein scheint. Aber schon die bilaterale Hilfe von Großbritannien und Deutschland bringt es zusammen auf 20 Milliarden. Die USA zahlen 26 Milliarden US-Dollar. Setzt man die EU-Hilfe ins Verhältnis mit der weltweiten Entwicklungshilfe, kommt man auf einen Anteil von 10,5 Prozent. Das ist dann nur noch ein Posten unter anderen und zu wenig, um der Fragmentierung der Hilfe substanziell etwas entgegenzusetzen. Auch hat sich an diesem Anteil wenig geändert. Er liegt seit Beginn des Jahrhunderts ziemlich konstant in der Größenordnung von 10 Prozent. Außerdem ist die Zahl der Empfängerländer mit 140 inzwischen so hoch, dass auch von daher von einer Überwindung der Fragmentierung nicht die Rede sein kann.

Ein genauerer Blick auf die Zahlen verrät noch mehr. So zeigt die Verteilung der Empfänger

nach Einkommensklassen, dass das Ziel der Armutsbekämpfung keineswegs die Priorität hat, wie programmatisch behauptet. So entfallen auf die Länder mit niedrigem Einkommen (LICs) 24 Prozent der Hilfe, auf die Gruppe der oberen Mittlereinkommensländer (UMICS) 34 Prozent.

Woran das liegt, zeigt die regionale Verteilung. Demnach liegt Subsahara-Afrika mit 4,5 Milliarden US-Dollar nur an zweiter Stelle. Davor befindet sich überraschenderweise Europa mit 4,85 Milliarden. Noch deutlicher wird der Vorsprung für Europa bei der Pro-Kopf-Verteilung. Während diese für Subsahara 0,48 Dollar beträgt, sind es für Europa 29 Dollar. Das ist das Sechzigfache!

Hier wird deutlich, dass auch hier geopolitische Interessen verfolgt werden. Es geht zum einen um den Balkan, der durch den Zerfall Jugoslawiens und den Kosovo-Krieg 1999 destabilisiert wurde. Zum anderen um das Osteuropa zwischen Russland und der EU. Mit anderen Worten, der größte Posten der Entwicklungshilfe ist Funktion der EU-Osterweiterungsstrategie.

Die geopolitische Dimension wird noch deutlicher, wenn man die Verteilung auf die einzelnen Länder der Region betrachtet. Hier liegt das Kosovo mit 132 US-Dollar pro Kopf klar an der Spitze. Hintergrund ist: Mit der Erklärung der Unabhängigkeit des Kosovo 2008 wurde zum ersten Mal nach dem Zweiten Weltkrieg eine Sezession gegen den Willen des betref-

→ weiter auf Seite 4

EU-Hilfe

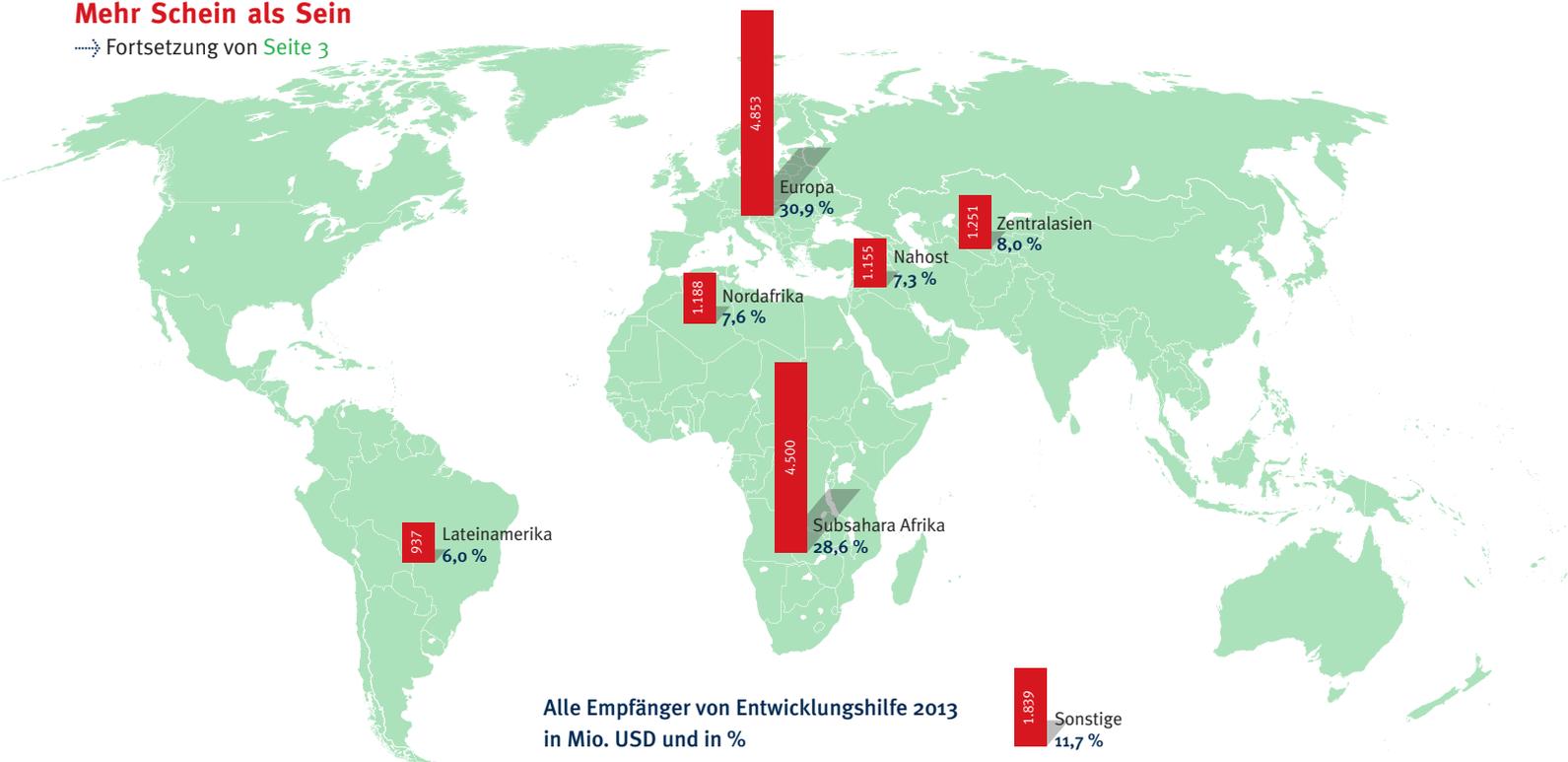
an europäische Länder in Mio. USD und in pro Kopf (in USD)

	Mio. USD	pro Kopf USD
Albanien	97,11	33,5
Belarus	18,73	2,0
Bosnien Herzeg.	310,02	80,5
Mazedonien	69,61	33,1
Kosovo	231,38	132,2
Moldawien	116,77	32,7
Montenegro	67,61	109,0
Serbien	593,84	80,8
Türkei	2.493,94	35,0
Ukraine	368,69	8,0

Quelle: OECD Development Co-operation Directorate (DCD-DAC) Database

Mehr Schein als Sein

→ Fortsetzung von Seite 3



Alle Empfänger von Entwicklungshilfe 2013 in Mio. USD und in %

fenden Landes, nämlich Serbien, durchgesetzt. Flankiert von der NATO und mit Unterstützung der EU wurde eine europäische Grenze verändert. Da das Kosovo aber aus eigener Kraft ökonomisch nicht überlebensfähig ist, hängt es jetzt am Tropf der EU, die dafür ihre Entwicklungshilfe nutzt. Brüssel ist dabei mit Abstand der größte Geber: 231 Millionen US-Dollar, weit vor der Nummer zwei, der Schweiz (68 Mio.), Deutschland (32 Mio.) und den USA (21 Mio.). Allein die EU-Hilfe macht 15 Prozent des kosovarischen Staatshaushaltes aus.

Kohärenz mit anderen Politikfeldern?

Den Verträgen zufolge sind entwicklungspolitische Aspekte als Querschnittsaufgabe auch bei anderen Politiken zu berücksichtigen, die die Entwicklungsländer betreffen können. Das soll für Kohärenz sorgen. Wie sieht die Praxis aus?

Nehmen wir als Beispiel das geplante Freihandelsabkommen zwischen den USA und der EU (TTIP). Hier wird auch von den Befürwortern argumentiert, dass nicht Zollsenkungen und Wachstumsgewinne im Vordergrund stehen, sondern vielmehr die geopolitische Zielsetzung, bei der Standardsetzung die Nase vorn zu haben: „Wir reden zu viel über Chlorhühner und zu wenig über die geopolitische Bedeutung“, so Sigmar Gabriel (FAZ, 23.2.2015). Abgesehen davon, dass es angesichts von Globalisierung und geopolitischen Umbrüchen in der Welt zweifelhaft ist, ob ein so einseitiges

und unkooperatives Vorgehen funktioniert, bedeutet es auch, dass die Entwicklungsländer bei der Ausgestaltung der Welthandelsordnung keine Mitsprache mehr haben. Der handelspolitische Multilateralismus gerät zwischen die Mühlsteine globaler Machtpolitik.

Nicht besser sieht es mit Kohärenz aus, wenn wir uns die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer ansehen. Eine wichtige Motivation von Entwicklungspolitik ist schon lange, zur Beseitigung von Fluchtursachen beizutragen. Nun wäre es größtenwahnsinnig, allein von der Entwicklungszusammenarbeit die Lösung der Probleme Afrikas mit seiner Milliarde Menschen zu erwarten. Hier gibt es nur langfristige Lösungen.

Aber das sind nicht die einzigen Fluchtursachen. Weite Teile des Nahen Ostens und Nordafrikas sind destabilisiert. Libyen, der Irak, Syrien, der Jemen sind gescheiterte Staaten. Bürgerkrieg und islamisches Kalifat breiten sich aus. In Gang gesetzt hat den Schlamassel der Krieg von George Bushs „Koalition der Willigen“ gegen den Irak 2003, an dem zahlreiche EU-Mitgliedstaaten teilnahmen. Auch der Regimewechsel in Libyen ging von europäischem Boden aus. Jahrzehntelange Entwicklungsanstrengungen werden so in kürzester Zeit zunichte gemacht.

Denn Krieg ist keine Lösung, sondern macht, wie gerade die jüngsten Erfahrungen zeigen, alles schlimmer. Entwicklung aber braucht als allererstes Frieden. Daher ist es im

ureigensten Interesse der entwicklungspolitischen Community, sich gegen die militärischen Pseudolösungen zu wenden, auch wenn diese heute nicht mehr mit der „Mission des weißen Mannes“, sondern der Schutzverantwortung (responsability to protect) legitimiert werden.

Umso erschreckender jetzt der Versuch, mit militärischen Mitteln gegen das Schlepperunwesen, das durch die Abschottungspolitik der EU erst entstanden ist, vorzugehen. Notwendig wären legale Fluchtwege und der Aufbau einer zivilen Seenotrettung. Von entwicklungspolitischer Kohärenz keine Spur, dafür aber eine politische und moralische Bankrotterklärung.



Foto: Michaela Wejda

Peter Wahl ist Vorstandsvorsitzender der 1990 gegründeten Nichtregierungsorganisation WEED – Weltwirtschaft, Ökologie & Entwicklung e.V. Die Arbeitsschwerpunkte von WEED sind: Finanzsysteme und Finanzmarktregulierung; Internationale Handels- und Investitionspolitik; Nachhaltige Produktion und öffentliche Beschaffung.



Foto: Darrin Henry

Kaffeelandwirt, der reife Kirschen für das Ernten auf der Insel von St. Helena auswählt.

Die Entwicklungspolitik der EU stand im Zentrum der Landeskonferenz des Eine Welt Netz NRW im März 2015. Einer der Redner war Dr. Boniface Mabanza (Kirchliche Arbeitsstelle Südliches Afrika), der über die geplanten Wirtschaftspartnerschaftsabkommen zwischen der EU und Afrika sprach. Wir haben ihn gebeten, seine kritische Sicht auf die Abkommen in einem Beitrag zusammenzufassen. Zu einer positiveren Einschätzung kommt der CDU-Landes- und Landtagsfraktionsvorsitzende Armin Laschet in seinem Artikel „Handel als Entwicklungschance“ (S. 8/9). Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und den AKP-Ländern (ein Zusammenschluss von 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten) existieren seit den (nach der Hauptstadt von Togo benannten) Lomé-Abkommen von 1975. Unter anderem sichern sie den AKP-Staaten Handelsvorteile zu, z. B. Zoll- und Abgabefreiheit bei Importen in die EU. Diese einseitigen Vorteile wurden von der Welthandelsorganisation kritisiert. Im Abkommen von Cotonou (Benin) im Jahr 2000 wurde vereinbart, die Lomé-Abkommen bis 2008 durch regionale Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (Economic Partnership Agreement, EPA) zu ersetzen. Die Verhandlungen begannen 2003 zwischen der EU und sechs AKP-Regionalgruppen: Südöstliches Afrika (ESA), Südliches Afrika (SADC), Westafrika (ECOWAS), Zentralafrika (CEMAC), Karibische Region (CARIFORUM) und Pazifische Region. Bisher wurde jedoch nur ein Abkommen mit CARIFORUM abgeschlossen.

Freier Handel – fairer Handel?

EU-Offensive im globalen Süden

Von Boniface Mabanza

2014 haben drei afrikanische EPA-Regionen Wirtschaftsabkommen mit der EU paraphiert. Außerdem sollen elf der 16 ECOWAS-Staaten diese ebenfalls unterzeichnet haben, auch wenn keine ihrer Regierungen dies bis dato zugegeben hat.

All diese Abkommen sind alles andere als fair. Sie sind nur zustande gekommen, weil die EU eine Frist zum 1. 10. 2014 gesetzt hatte, der zufolge alle Länder, die bis dahin keine Schritte zur Unterzeichnung der Abkommen eingeleitet hatten, den bevorzugten Marktzugang zur EU verlieren. Damit sind die bis jetzt paraphierten oder ratifizierten Abkommen mit den afrikanischen Ländern erzwungene Abkommen. Sie stehen im Widerspruch zu den Interessen der afrikanischen EPA-Regionen, und gegen sie regt sich auf dem afrikanischen Kontinent nach wie vor Widerstand.

Rückblick auf die Verhandlungen

Notwendig wurden diese Verhandlungen, weil die von der EU in den Lomé-Abkommen gewährten Präferenzen angeblich nicht mehr kompatibel waren mit den Regeln der Welthandelsorganisation, u. a. zum Diskriminierungsverbot. Die Abkommen sollten ursprünglich bereits 2008 in Kraft treten. Dazu kam es nicht, weil die EU in ihren Forderungen über das hin-

ausging, was die Welthandelsorganisation verlangt. Die Blockaden sind darüber hinaus auch auf das arrogante, an Kolonialzeiten erinnernde Auftreten der EU-Unterhändler zurückzuführen. Die EU-Kommission wollte im Hinblick auf folgende strittige Punkte keine Konzessionen machen:

- Die AKP-Staaten sollten mindestens 80 Prozent ihrer Zölle abschaffen, obwohl es dazu keine internationalen Verpflichtungen gibt (z. B. im Rahmen der WTO).
- Die Ausfuhrsteuern der AKP-Länder sollten eingeschränkt werden. Viele afrikanische Länder können damit jedoch ihre öffentlichen Einnahmen steigern und wichtige Anreize zur industriellen Entwicklung setzen.
- Die von der EU verlangte Meistbegünstigungsklausel hätte es den AKP-Staaten erschwert, ihre Handelsbeziehungen strategisch zu diversifizieren, z. B. durch Süd-Süd-Handelsabkommen.
- Die EU beharrte auf Regelungen – u. a. zu Dienstleistungen, geistigen Eigentumsrechten und Investitionen –, die die AKP-Staaten zusammen mit anderen Entwicklungsländern im Rahmen der WTO-Verhandlungen wiederholt zurückgewiesen haben.

Diese und weitere Forderungen beeinträchtigen die nationalen Regierungen in der politischen Steuerungsfähigkeit ihrer Ökonomien. Nachdem die Verhandlungen aufgrund der fehlenden Flexibilität der EU tief in der Krise steckten, erzwangen die EU-Kommission und der Rat den Verhandlungsabschluss mit Druck und neuen Fristen.

Jenseits der internen Dynamik

Die Dynamik der Verhandlungen wurde auch maßgeblich beeinflusst durch die sogenannte Marktzugangsreform (Market Access Regulation, MAR). Sie wurde 2011 von der EU-Kommission ins Gespräch gebracht. Mit ihr hätten 18 AKP-Länder den bevorzugten Zugang zum EU-Markt am 1. Oktober 2014 verloren, wenn sie vorher keine Schritte zur Ratifizierung eines Interimsabkommens eingeleitet hätten. Diese MAR-Reform hat den Druck auf die betroffenen Länder beträchtlich erhöht. Zu ihnen gehören u. a. die Elfenküste, Ghana, Kamerun, Botswana und Namibia. Vor allem in den letztgenannten Ländern hat dies dazu geführt, dass einige ihrer Wirtschaftssektoren starken Druck auf die Regierung ausgeübt haben, etwa die Fischexporteure in Namibia. Damit hatte die EU eine Situation herbeigeführt, in der die Interessen der exportorientierten Wirtschaftszweige dieser Länder mit denen der binnenorientierten Kleinproduzenten in Widerspruch gerieten. Die Fristfestsetzung wurde im alten Kolonialstil einseitig von der EU beschlossen. Der namibische Handelsminister Schlettwein bezeichnete die

Frist als unilateral, unfair und ungerecht. Sie habe mit Partnerschaft nichts zu tun.

Ein zweiter Faktor, der die EPA-Verhandlungen beeinflusst hat, waren die Machtwechsel in der Elfenbeinküste, dem Senegal und in Ghana. Die Elfenbeinküste bekam mit Alasane Ouattarra einen Staatschef, der sich in seiner langen Karriere beim Internationalen Währungsfonds (1968–1990) und als Premierminister (1990–1993) entschieden zur neoliberalen Ideologie bekannt hat. Seine erneute Machtübernahme 2011 hat er, nach einem eskalierten Konflikt mit seinem Kontrahenten Laurent Gbagbo, einer umstrittenen französischen Militärintervention zu verdanken. Ouattarra hat sich gemeinsam mit seinem Amtskollegen Macky Sall aus dem Senegal, dessen persönliche kommerzielle Aktivitäten berühmt-berüchtigt sind, besonders für die EPAs stark gemacht. Auch die Regierung von Ghana unterstützte nach dem plötzlichen Tod von Staatspräsident Prof. John Atta Mills im Sommer 2012 die Unterzeichnung der EPAs, obwohl Studien belegen, dass sie das eigene Land langfristig eher schädigen.

Zu den politischen Veränderungen, die die EPA-Verhandlungen beeinflusst haben, gehört auch, dass Länder wie Nigeria oder Mali, die die EPA-kritische Front lange Zeit anführten, immer stärker mit anderen Herausforderungen konfrontiert waren, denn die territoriale Integrität dieser von Terrorgruppen stark erschütterten Länder war verletzt.

All diese Faktoren, gekoppelt mit inzwischen von der EU gemachten eher kosmetischen

Konzessionen, haben dazu beigetragen, den Widerstand zu brechen. Das „Weichkochen“ der ECOWAS als erste und wichtige Afrika-Region hat eine Kettenreaktion ausgelöst, die auch die SADC und die EAC erfasst hat. Dies ist genau der Effekt, auf den die EU immer gesetzt hatte: Von dem Moment an, in dem eine Region einlenkt, erhöht sich der Druck auf die anderen, die Nachteile für sich abwenden und die Isolation vermeiden müssen. Somit ist – spät, aber immerhin – die EU-Strategie des „Teilens und Herrschens“ aufgegangen.

Aktuelle Situation

Nachdem elf der sechzehn Staaten der ECOWAS-Region (ECOWAS-Länder+ Mauretanien) die EPAs unterzeichnet haben, läuft jetzt der Ratifizierungsprozess für die Region. Die Abstimmung im EU-Parlament wurde ursprünglich für den 7. Juli 2015 geplant, anschließend sollte der Prozess in den EU-Mitgliedstaaten beginnen. Mittlerweile wurde diese Abstimmung verschoben, weil einige Länder in Westafrika, darunter Nigeria, immer noch nicht unterzeichnet haben.

Während der Ratifizierungsprozess also voranschreitet, herrscht bei der Bevölkerung der jeweiligen Länder Verwirrung und Unkenntnis. Keine der elf betroffenen ECOWAS-Regierungen hat bis jetzt offiziell kommuniziert, die EPAs unterzeichnet zu haben, weil sie die öffentlichen Reaktionen fürchten. Ähnlich sieht es in einigen EU-Ländern aus. So will die Bundesregierung das Westafrika-EPA nicht durch das Parlament ratifizieren lassen. Dahinter verbirgt sich die Angst um die Wahrnehmung der EPAs in der deutschen Öffentlichkeit und vor allem die Unsicherheit der Abstimmung im Bundesrat, wo einige Bundesländer mit Regierungsbeteiligung der Grünen und der Linken die EPAs ablehnen könnten.

Dass es dafür gute Gründe gibt, zeigt das Beispiel Nigeria. Der scheidende nigerianische Handelsminister Olusegun Aganga erklärte, es klinge vielversprechend, dass die EU der ECOWAS und Mauretanien 100 Prozent Zugang zum EU-Markt gewähre, während die westafrikanische Region selbst mit ihren 300 Millionen Konsumenten zum jetzigen Zeitpunkt „nur“ eine graduelle Marktöffnung von 75 Prozent über 20 Jahre umsetzen muss. In der Praxis sei dieses Abkommen jedoch nicht im Interesse der nigerianischen Wirtschaft, die nicht viel nach



Foto: Tom Koene

Slumgebiet am Rande der nigerianischen Hauptstadt Lagos

Europa zu exportieren hat. Die nigerianische Marktöffnung für die EU dagegen beeinträchtigt die Entwicklung des eigenen industriellen Sektors, da dieser trotz seines großen Potenzials noch nicht konkurrenzfähig sei. Weitere Folgen seien der Verlust von Staatseinnahmen und Arbeitsplätzen. Dies gilt auch für Länder der Region, die dem Druck der EU nicht standhalten konnten. Durch die ablehnende Haltung Nigerias und vier weiterer Länder befindet sich zudem die regionale Integration in Westafrika in Gefahr, die die EU angeblich unterstützen will.

Die Länder der ECOWAS stehen unter Druck, zum 1.10.2016 den Ratifizierungsprozess abzuschließen, wenn sie den bevorzugten Marktzugang zur EU nicht verlieren wollen. Die Parlamente müssen deshalb nicht nur schnell arbeiten, sondern auch berücksichtigen, dass sie ein den europäischen Interessen entsprechendes Ergebnis liefern müssen. So fördert die EU formale Demokratien, die nur Anerkennung genießen, wenn sie sich im Sinne der EU verhalten. Die Parlamente in Westafrika stehen damit in den nächsten 16 Monaten vor richtungsweisenden Entscheidungen.

Die Abkommen mit der SADC und der EAC befinden sich nach der Paraphierung in der Abschlussredaktion. Die Unterzeichnung ist noch für dieses Jahr geplant. 15 afrikanische Länder haben keine EPA-Verhandlungen geführt oder sie nicht abgeschlossen. Die meisten von ihnen sind von den Abkommen nicht betroffene besonders arme Länder (Least Developed Countries, LDCs) oder sie exportieren nur Öl nach Europa oder haben nur wenig Handel mit der EU. Es wird spannend sein, zu beobachten, wie sich die Situation in diesen Ländern entwickelt und welche Zukunft die regionale Integration in den einzelnen EPA-Regionen hat. Diese wird vermutlich aufgrund unterschiedlicher Handelsregime in den Regionen stark unter Druck geraten.

Wer bestimmt die Regeln?

Artikel 36 des Cotonou-Abkommens definiert das Mandat der EPA-Verhandlungen wie folgt: „Verhandlungen um die EPAs werden mit den AKP-Ländern unternommen, die sich in der Lage sehen dies zu tun, in dem von ihnen als angemessen empfundenen Umfang und im Einklang mit den von der AKP-Gruppe festgelegten Verfahren, unter Berücksichtigung der re-



Aktionstag am Rande des EU-Afrika-Gipfels in Brüssel im April 2014

gionalen Integration in der AKP-Gruppe.“ Dies klingt sehr vernünftig, aber die Interpretation des Mandats wurde zu einer der größten Belastungen der Beziehungen zwischen den europäischen und den in der AKP-Gruppe zusammengeschlossenen Ländern seit der Kolonialzeit.

Europas Wille, über das hinauszugehen, was ursprünglich vereinbart wurde und was die WTO-Regeln verlangen, hat seinem Ansehen geschadet. An seinen moralischen Anspruch glauben in den AKP-Ländern selbst die Eliten nicht mehr. Die AKP-Länder und besonders die afrikanischen Länder wiederum haben es nicht verstanden, die EPAs dafür zu nutzen, die Natur der Beziehungen zu Europa grundlegend zu ändern, indem sie das Ende der neokolonialen Durchdringung durchsetzen. Nun müssen sie nicht nur mit den Konsequenzen der EPAs leben, sondern auch mit denen, die daraus resultieren, dass mit TTIP zwei große Wirtschaftszonen sich zusammenschließen, eine Verschiebung der Handelsströme erwirken und für alle anderen geltende Standards setzen wollen. Europa und die USA tragen eine Hauptschuld am Scheitern der Welthandelsrunde. Aus egoistischen Interessen wollten sie an ihrer industriellen Landwirtschaft nichts ändern. Nun möchten sie über den Umweg bilateraler Abkommen das erreichen, was sie auf multilateraler Ebene nicht durchsetzen konnten.

Diejenigen, die den Freihandel verteidigen, merken oft gar nicht, in was für Widersprüche sie sich verwickeln. Freihandel im Sinne eines

Raumes, in dem für alle die gleichen von allen bestimmten Regeln gelten, existiert nicht. Die Regeln spiegeln immer die Machtverhältnisse. So gesehen ist Freihandel eine Ideologie zur Durchsetzung der Interessen der Mächtigen. Die Welt braucht also keinen Freihandel und somit keine EPAs, kein TTIP, kein TISA und kein CETA, sondern einen am Gemeinwohl orientierten und demokratisch regulierten Handel. Wirtschaft ist kein Selbstzweck. Sie muss dem Leben dienen. Fairer Handel ist unter den existierenden asymmetrischen Machtverhältnissen eine Illusion und die EPAs sind in dieser Hinsicht keine Ausnahme.



Dr. Boniface Mabanza studierte Philosophie, Literaturwissenschaften und Theologie in Kinshasa und promovierte 2007 an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster. Er ist Koordinator der Kirchlichen Arbeitsstelle Südliches Afrika (KASA) in Heidelberg. Für seinen konsequenten Einsatz für afrikanische Perspektiven in Europa erhält Boniface Mabanza im Juni 2015 den „Dorothee Sölle-Preis für aufrechten Gang“, den das Ökumenische Netzwerk „Initiative Kirche von unten“ vergibt.



Foto: Boris Roesler/dpa

Demonstration gegen den G7-Gipfel am 4. Juni 2015 unter dem Motto „TTIP stoppen, Klima retten, Armut bekämpfen“

Handel als Entwicklungschance

Von Armin Laschet

Am Anfang steht eine grundsätzliche Frage: Ist der freie Welthandel eine Chance oder ein Risiko? Je nachdem, wie man diese Frage beantwortet, wird auch das grundsätzliche Urteil über die Verhandlungen über die Economic Partnership Agreements (EPAs) ausfallen, die Europa gegenwärtig mit den afrikanischen Wirtschaftsregionen anstrebt. Gleiches gilt für die Verhandlungen der EU mit den USA über das Transatlantische Freihandels- und Investitionsabkommen TTIP, das weitaus mehr in der öffentlichen Wahrnehmung – und in der öffentlichen Kritik – steht.

In beiden Fällen – die Abkommen mit den Regionen Afrikas wie das Abkommen mit den USA – ist Europa der zentrale Verhandlungspartner. Dass die Regeln für den Welthandel der Zukunft unter Einbeziehung der europäischen Staatengemeinschaft erfolgt, ist in beiden Fällen eine gute Nachricht für die Europäerinnen und Europäer. Unsere heimische Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher profitieren davon, wenn es uns gelingt, unsere hohen Standards im globalen Maßstab zu sichern.

Selbstverständlich ist diese aktive Rolle Europas längst nicht mehr. Bei meinen Gesprächen in den USA, die ich in diesen Wochen geführt habe, musste ich schnell feststellen: Die Amerikaner messen den Verhandlungen mit Asien über den Beitritt zum sogenannten TPP-Abkommen (Transpazifische strategische wirtschaftliche Partnerschaft) weitaus größere Bedeutung zu als dem Abkommen mit Europa. Kein Wunder angesichts der anhaltend großen Dynamik der asiatischen Volkswirtschaften, insbesondere natürlich Chinas. Wenn Europa auch in den nächsten Dekaden eine wichtige Rolle im Welthandel spielen möchte, muss es die Regeln des globalen Marktes aktiv mitgestalten.

Europa oder China?

Auch im Handel mit Afrika und den Staaten des karibischen und pazifischen Raumes ist es längst keine Selbstverständlichkeit mehr, dass die EU der zentrale Ansprechpartner ist, wie der Blick nach Afrika deutlich macht. Das ambitionierte und immer selbstbewusster auf-

tretende China hat den afrikanischen Kontinent als strategisch und wirtschaftspolitisch bedeutsame Region für sich entdeckt. Zahlreiche Investitionsabkommen und konkrete Infrastrukturprojekte beweisen dies. Dass China dabei sein Engagement an Bedingungen wie Menschenrechte, faire Handelsbeziehungen, Partnerschaft auf Augenhöhe etc. knüpfen könnte, dürften nicht einmal die schärfsten Kritiker der europäischen Afrikapolitik behaupten. Etwas mehr Fairness gegenüber dem Engagement der EU ist daher durchaus angebracht. Denn am Ende wird es doch so sein: Wenn nicht Europa Handelsabkommen mit den Staaten Afrikas schließt, werden es andere tun – im Zweifelsfall zu für Afrika weitaus schlechteren Bedingungen.

Klar dürfte aber auch sein: Das Auftreten der Europäer im Gespräch mit den afrikanischen Partnern muss ein anderes sein als das der Chinesen. Wenn in der afrikanischen Öffentlichkeit der Eindruck entsteht, europäische Verhandlungsführer legten ein „arrogante(s), an Kolonialzeiten erinnernde(s) Auftreten“ an den

Tag, wie Boniface Mabanza es beschreibt, dann ist etwas gründlich schief gelaufen. Aber ist die Botschaft falsch, nur weil der Überbringer sich im Ton vergreift?

Auch für Afrika ist die Frage zu beantworten, die eingangs ganz grundsätzlich gestellt worden ist: Ob die Einbindung in den Weltmarkt mehr Chance oder mehr Risiko für die Entwicklungschancen Afrikas bedeutet. Meine Antwort lautet: Die Regeln des Welthandels müssen so gestaltet werden, dass die Volkswirtschaften des afrikanischen Kontinents davon profitieren.

Handel plus Entwicklungszusammenarbeit

Der Blick in die Karibik zeigt, dass die Einbeziehung der südlichen Länder in den globalen Handel auf der Grundlage eines Abkommens mit Europa ein erfolgversprechender Weg sein kann. Sechs Jahre nach Unterzeichnung des EPA zwischen Europa und der Gruppe der karibischen CARIFORUM-Staaten haben der Handel und die regionale Zusammenarbeit zugelegt. Ein Grund für diese positive Entwicklung liegt auch darin, dass das Abkommen von konkreter Entwicklungszusammenarbeit begleitet wird: Die in Bonn ansässige GIZ unterstützt im Auftrag des Bundesministeriums für Entwicklungszusammenarbeit Unternehmen in der Karibik dabei, den Marktzugang nach Europa besser zu nutzen, indem die Wettbewerbsfähigkeit gefördert und beispielsweise die Einhaltung internationaler Hygiene-Standards, etwa für Lebensmittelexporte, unterstützt werden.

Die Voraussetzungen dafür, dass ein solcher Erfolg auch in Afrika möglich wird, werden in vielen afrikanischen Staaten stetig besser: Einer Untersuchung der Beratungsgesellschaft pwc zufolge hat der afrikanische Kontinent in der letzten Dekade die längste und stärkste Wachstumsperiode seit den 1960er-Jahren erlebt. Sieben der zehn im weltweiten Vergleich am schnellsten wachsenden Volkswirtschaft-

ten befinden sich gegenwärtig in Afrika. Jährliche Wachstumsraten von fünf bis sechs Prozent sind deutlich mehr als wir in Europa erleben. Einige afrikanische Staaten, wie Ghana, Kamerun oder Kenia, gehören nicht (mehr) zur Gruppe der Least Developed Countries, der Sonderfall Südafrika spielt sowieso in einer anderen Liga.

Trotz des daraus entstehenden Potenzials liegt der Anteil afrikanischer Länder an der Weltwirtschaft immer noch unter zwei Prozent. Dabei haben die Länder Afrikas weitaus mehr zu bieten, als ihren Reichtum an Rohstoffen wie Erdöl und Erdgas, Gold, Baumwolle oder Kakao. Durch innere Reformen wachsen zudem Investitionssicherheit und Wettbewerbsbedingungen in vielen Staaten Afrikas.

Gegenseitigkeit statt Asymmetrie

Es ist an der Zeit, dass die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union (EU) und den AKP-Staaten auf eine neue Grundlage gestellt werden. Was zu Zeiten der Römischen Verträge 1957 richtig war, nämlich den 78 AKP-Staaten einseitige Zollpräferenzen zu gewähren, entspricht nicht mehr den Erfordernissen einer globalisierten Weltwirtschaft. Nicht nur deshalb, weil andere Entwicklungsländer die institutionalisierte Benachteiligung nicht mehr hinnehmen wollen.

Die neuen, WTO-kompatibel gestalteten Freihandelsabkommen stellen einen grundlegenden Paradigmenwechsel dar: An die Stelle der vormals asymmetrischen Handelsbeziehungen unter den Lomé-Abkommen tritt nunmehr das Prinzip der Gegenseitigkeit. Das heißt, um ihren freien Marktzugang zur EU behalten zu dürfen, müssen die AKP-Staaten ihre Märkte ähnlich weitgehend für Exporte aus den EU-Mitgliedstaaten öffnen.

Ein zentraler Punkt der angestrebten Abkommen ist dabei, dass sie sowohl der Entwicklung als auch der Vertiefung der regionalen Integration der AKP-Staaten verpflichtet sind.

Die Vorstellung ist faszinierend, dass innerhalb Afrikas Zollunionen und Binnenmärkte entstehen. Europa hat dieser Weg erfolgreich gemacht. Warum sollte nicht auch die afrikanische Wirtschaft von einem intensivierten Binnenhandel innerhalb des westafrikanischen ECOWAS, des südafrikanischen SADC oder des EAC der ostafrikanischen Staaten profitieren?

Das größte Potenzial der EPAs besteht aber darin, dass sie einen umfassenden Entwicklungsansatz verfolgen und über reine Handelsabkommen hinausgehen. Wenn es gelingt, dass Handel und Entwicklung sinnvoll miteinander verbunden werden, dann können die EPAs ein echter Beitrag der EU zur Entwicklung Afrikas durch Handel werden.

Europa ist dafür der richtige Partner. Die Europäische Union und ihre Mitgliedstaaten sind zusammen der weltgrößte Geber von Entwicklungshilfe. Allein 2013 stellten sie 56,5 Milliarden Euro zur Verfügung, mehr als die Hälfte der gesamten Entwicklungshilfe.

Und offensichtlich ist noch ein Weiteres nötig: verloren gegangenes Vertrauen wieder herzustellen. Das ist mit Geld allein nicht zu leisten. Hierzu bedarf es vielmehr eines Auftretens in Stil und Inhalt, das von Fairness und echter Partnerschaftlichkeit gekennzeichnet ist. Und das liegt dann ohne jeden Zweifel im Interesse aller Beteiligten: im Interesse Afrikas, Europas und der Chance auf Entwicklung durch Handel.



Foto: Andreas Herrmann

Armin Laschet ist Vorsitzender der Landtagsfraktion und der CDU Nordrhein-Westfalen. Von 1994 bis 1998 war er Mitglied des Deutschen Bundestages, von 1999 bis 2005 des Europäischen Parlaments, wo er sich u. a. in der Außen- und Sicherheitspolitik sowie der internationalen Zusammenarbeit engagierte. Von 2005 bis 2010 war er NRW-Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration und – als Verantwortlicher der Landesregierung für den Bereich Eine Welt – von 2006 bis 2010 stellvertretender Vorsitzender unseres Stiftungsrats.



Foto: H-BRS/M. Fläcke

Besuch bei einem Kooperationspartner, der Firma ZEAL Environmental Technologies in Ghana: Prof. Dr. Margit Ernenputsch von der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg und Phaniel Wunu, Koordinator des Partnerschaftsprojekts an der University of Cape Coast (UCC).

Hochschulen als Partner der Praxis

Die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg entwickelt die Berufsfähigkeit in afrikanischen Zukunftsmärkten

Von Jürgen Bode

Hochschulen spielen für die Entwicklung eines Landes eine bedeutende, in der Entwicklungspolitik bisweilen noch unterschätzte Rolle. Sie bilden zukünftige Entscheidungsträger, Fach- und Führungskräfte aus, die zunehmend komplexe Fragestellungen zu lösen haben.

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) fördert den Aufbau von Kapazitäten an Hochschulen in Subsahara-Afrika. Beispielsweise unterstützt die Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ) mit Mitteln des BMZ die Einrichtung einer überregionalen Panafrikanischen Netzwerkuniversität.

Der Deutsche Akademische Austauschdienst (DAAD) setzt vor allem auf Partnerschaften zwischen deutschen und afrikanischen Hochschulen und fördert mit BMZ-Geldern unter anderem die Verbesserung der Managementstrukturen an den Universitäten. Hiermit werden Nord-Süd-Kooperationen gestärkt, die besonders nachhaltig wirken, da eine Hochschulpartnerschaft in aller Regel auch weiter

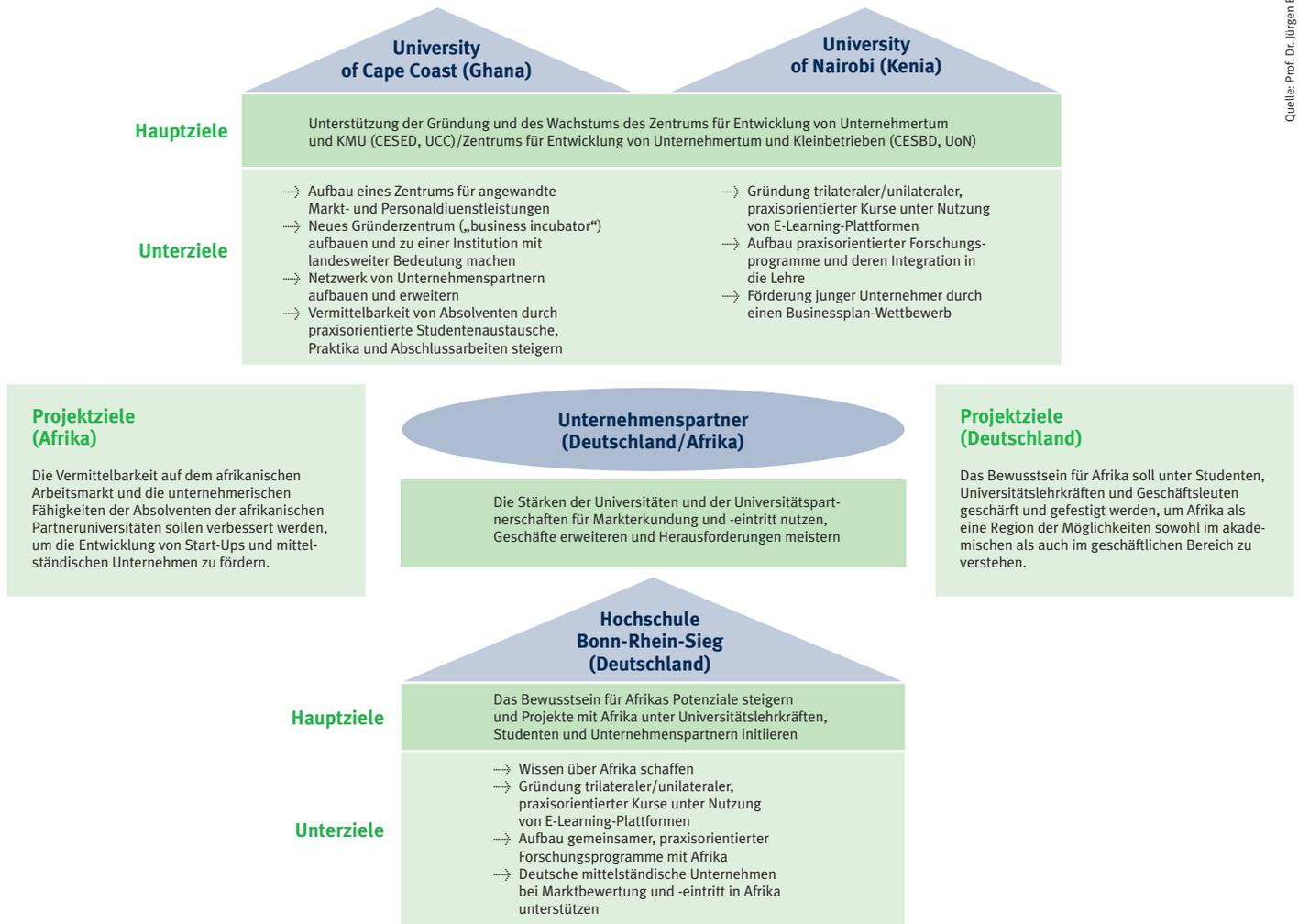
läuft, wenn die Förderprojekte ausgelaufen sind. Außerdem sind die Universitätspartner über die Förderziele hinaus an einer langfristig angelegten Pflege und Entwicklung der Zusammenarbeit interessiert, so dass sie auch eigene Ressourcen in aussichtsreiche Projekte stecken. Dies zeigt sich an der großen Zahl an Hochschullehrern, die an ihre Partnerinstitutionen reisen und dort für begrenzte Zeit arbeiten, ohne einen Cent Vergütung zu erhalten.

Theorie und Praxis verbinden

Viele afrikanische Universitäten streben als oberstes Ziel akademische Exzellenz an und übernehmen weitgehend die in Industrieländern gebräuchlichen Indikatoren forschungsorientierter Universitäten zur Messung ihrer Leistung, zum Beispiel die Anzahl von Veröffentlichungen in akademischen Zeitschriften. Dies mag ehrenwert sein, geht aber an den Bedürfnissen der Gesellschaft nach hervorragend ausgebildeten und auf die Berufswelt gut vor-

bereiteten Absolventen vorbei. Es ist das Mantra der Unternehmen, wenn man sie nach ihren Erfahrungen mit akademisch ausgebildeten Berufsanfängern befragt: „They are strong in theory, but they know nothing about the real work life – and want to become boss from day one!“

Das deutsche Erfolgsmodell der Fachhochschulen zeigt, wie wissenschaftliche Qualifikation und berufliche Befähigung („employability“) Hand in Hand gehen können. Vor diesem Hintergrund begann die Hochschule Bonn-Rhein-Sieg 2012 ein Projekt in Kooperation mit ihrem Partner University of Cape Coast in Ghana, das sich besonders mit der Gründung von Unternehmen und der Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen beschäftigt. Mittlerweile ist unter dem Projekttitel „German-African University Partnership Platform for the Development of Entrepreneurs and Small/Medium Enterprises“ die University of Nairobi, Kenia, als weiterer Partner hinzugekommen. Das Projekt wird von BMZ und DAAD gefördert, Hauptunternehmenspartner ist die



Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft (DEG).

Aus afrikanischer Perspektive ist das Ziel des Projekts, die Vermittelbarkeit der Absolventen auf dem afrikanischen Arbeitsmarkt zu verbessern. Zugleich schlummern in den Partnerländern noch Marktpotenziale, die durch den Mut junger Unternehmer und Unternehmerinnen geweckt werden sollen. Deshalb verfolgt das Projekt auch die Ausbildung unternehmerischer Fähigkeiten unter den Studierenden.

Zusammenarbeit mit Unternehmen

Es ist mittlerweile gelungen, an der University of Cape Coast (UCC) die Zahl der aktiven Unternehmenspartner von nahezu Null auf über zwei Dutzend zu steigern. Sie bieten Praktika und senden Mitarbeiter als Lehrbeauftragte an die Universität. Mit dem „DEG Young Entrepreneurship Business Plan Award“ werden junge Absolvententeams gefördert, die sich eine Existenz aufbauen. Sie haben ihre Büros im „UCC Business Incubator“ bezogen, der im Rahmen des Projekts aufgebaut wurde und den jungen Managern Starthilfe gewährt.

Es wäre aber zu kurz gegriffen, würde das Projekt nur als ein Vorhaben zur Entwicklung in Afrika angesehen. Etliche Länder des Kontinents weisen erhebliche wirtschaftliche Wachstumsraten auf. Wir haben es mit einem Zukunftsmarkt zu tun, in dem zahlreiche Unternehmen schon jetzt Geld verdienen. Beschäftigung und Einkommen steigen, es entstehen wachsende Mittelschichten, die auch politisch und gesellschaftlich mitbestimmen wollen. All dies ist in Deutschland nicht ausreichend bekannt, es herrscht noch immer die Wahrnehmung, Afrika sei bestimmt durch Misswirtschaft, Armut und schlechter Regierungsführung.

Aus deutscher Perspektive ist daher das Ziel unseres Projekts, deutschen Unternehmen Afrikas Rolle als Markt der Zukunft deutlich zu machen und für deren Kooperationen mit afrikanischen Partnern eine Plattform zu bieten. So senden wir beispielsweise fortgeschrittene deutsche Studierende nach Afrika, um für konkret benannte Unternehmen Marktforschung vor Ort vorzunehmen. Afrikanische Stipendiaten stellen während ihres Austauschsemesters in Deutschland den Unter-

nehmenspartnern ihr Wissen zur Verfügung und werden nach Rückkehr in ihr Heimatland für sie tätig.

Unternehmen mit Interesse an einer Beteiligung an dem Projekt sind herzlich eingeladen, mit der Projektleitung Kontakt aufzunehmen.

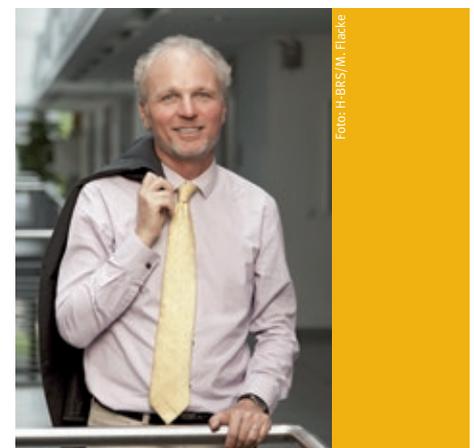


Foto: H-BRS/M. Flacke

Prof. Dr. Jürgen Bode arbeitet seit 2008 an der Hochschule Bonn-Rhein-Sieg im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften und ist Vizepräsident für Internationalisierung und Diversität. Seine Forschungsschwerpunkte sind u. a. die Internationalisierung von Hochschulen, Internationales Hochschulmarketing und Entrepreneurship in Entwicklungsländern.

Verantwortung tragen!

Das Bundesentwicklungsministerium engagiert sich für bessere Bedingungen in der Textilproduktion

Von Hans-Joachim Fuchtel

In jedem Kleidungsstück steckt die Arbeitskraft unzähliger Menschen, vom Baumwollfeld bis zum Bügel liegen oft weit über hundert Produktionsschritte. Schätzungsweise 60 Millionen Menschen weltweit sind derzeit in der Textilindustrie tätig. Die Produktionsstätten sind dabei meist auf der halben Welt verteilt. Vor allem die arbeitsintensiven Arbeitsschritte, wie Baumwollanbau, Spinnen, Färben, Zuschnitt, Nähen und Konfektionierung, erfolgen in Entwicklungs- und Schwellenländern.

Die Textil- und Bekleidungsindustrie bildet eine wichtige Brücke für landwirtschaftlich geprägte Volkswirtschaften auf dem Weg zur Industriegesellschaft. Sie ist Motor für wirtschaftliche Entwicklung und schafft viele Arbeitsplätze, vor allem für Frauen. Länder wie Bangladesch oder Pakistan bestreiten bis zu 80 Prozent ihrer Exporte über Textilien.

Wachstum um jeden Preis?

Die Produktionsbedingungen in den Entwicklungs- und Schwellenländern sind häufig mangelhaft und entsprechen nicht internationalen Standards. Lange Arbeitszeiten und Hungerlöhne sind in den Fabriken an der Tagesordnung. Fahrlässiger Umgang mit Chemikalien sowie mangelnder Brandschutz und Gebäudesicherheit gefährden die Gesundheit der Angestellten. Soziale Sicherungssysteme sucht man meist vergebens, die Arbeit von Gewerkschaften wird oftmals behindert. Viele Produktionsbetriebe tragen zudem durch ungeklärte Abwässer massiv zur Umweltverschmutzung bei. Der Handlungsbedarf ist offensichtlich.

Wer trägt hier Verantwortung?

Die Textilindustrie kann nur nachhaltig verändert werden, wenn alle relevanten Akteure mitziehen: Regierungen, Unternehmen, Unternehmensverbände, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und Verbraucherinnen und Verbraucher. Die globale Umsetzung und Verbesserung von Sozial- und Umweltstandards wird nur gelingen, wenn international die gleichen Wettbewerbsbedingungen für alle Unternehmen geschaffen werden.

Genau an diesem Punkt setzt das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) an. Das BMZ berät seine Partnerländer ebenso wie Unternehmen gezielt bei der Verbesserung der nationalen Arbeits-, Sozial- und Umweltgesetzgebung und bei der Durchsetzung dieser Gesetze. In Bangladesch zum Beispiel unterstützt das BMZ mehr als 800 Textil-Unternehmen über Fortbildung und Beratung. Dabei arbeitet die deutsche Entwicklungszusammenarbeit mit allen maßgeblichen Akteuren zusammen: So haben wir gemeinsam mit der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) staatliche Arbeitsinspektoren ausgebildet und sie mit Fahrzeugen, Messgeräten und Kameras ausgestattet, damit sie die Textilfabriken überprüfen können. Ferner fördert das BMZ die „Labour Line“, eine Notfall- und Servicenummer, bei der Missstände und Arbeitskonflikte gemeldet werden können. Das BMZ unterstützt die Arbeit von Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, um die Rechte von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zu stärken.

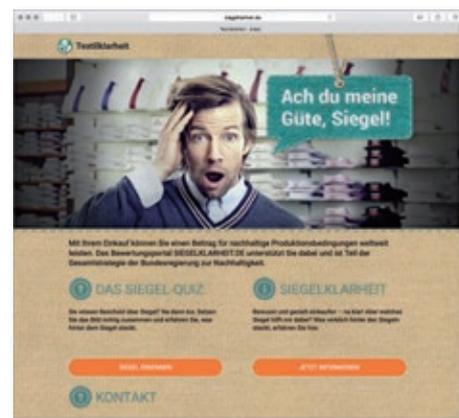
Unser Ziel ist es, ökologische und soziale Standards in allen Produktionsländern der Textilindustrie flächendeckend zu verankern. Daher hat das BMZ das „Bündnis für nachhaltige Textilien“ ins Leben gerufen – mit inzwischen rund 70 Mitgliedern und es wächst beständig weiter.

Mittelfristig geht es dem Textilbündnis darum, dass Handel, Hersteller und Unternehmen gemeinsam Strategien entwickeln, um in der Textilproduktion ökologische und soziale Mindeststandards einzuhalten – von der Baumwollernte bis zum Verkauf des Kleidungsstücks. Grundlage hierfür ist ein Aktionsplan, den das BMZ gemeinsam mit Unternehmen, Verbänden, der Zivilgesellschaft und Gewerkschaften erarbeitet hat.

Konsumenten geben wichtige Impulse?

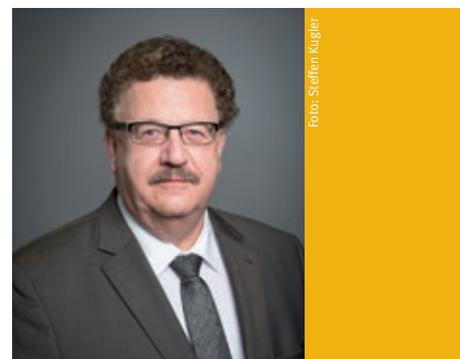
Verbraucherinnen und Verbraucher stehen am Ende der Wertschöpfungskette und spielen eine wesentliche Rolle. Mit der eigenen bewussten Einkaufsentscheidung und durch kritische Nachfragen geben Konsumentinnen und Konsumenten Firmen einen wichtigen Impuls.

Durch ihr Verhalten können sie Unternehmen veranlassen, umzusteuern und nachhaltigere Produkte anzubieten. Das muss übrigens nicht immer teurer sein.



Das vom BMZ initiierte Bewertungsportal www.siegelklarheit.de ist Teil der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung. Zurzeit enthält es Informationen und Bewertungen zu Textilsiegeln. Bewertungen der Siegel zu Lebensmitteln, Papier und Holz werden folgen. Eine App ermöglicht es, sich auch direkt beim Einkauf über die Siegel zu informieren.

Bereits heute ist es möglich, nachhaltig einzukaufen. Wen die Vielzahl unterschiedlicher Siegel verwirrt, der findet Orientierung in unserem Online-Portal www.siegelklarheit.de. Das Portal erklärt und bewertet zunächst die unterschiedlichen Standards und Siegel im Textilbereich und bietet so eine hilfreiche und zugleich unabhängige Verbraucherinformation.



Hans-Joachim Fuchtel (CDU) ist seit 1987 Mitglied des Deutschen Bundestages und seit Dezember 2013 Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Von 2009 an war er Parlamentarischer Staatssekretär bei der Bundesministerin für Arbeit und Soziales.

Foto: Steffen Kugler